

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Prof. Dr. Kracke,

herzlichen Glückwunsch zu Ihrer neuen Rolle als Vizepräsidentin für Universitätsgemeinschaft und Engagement! Die Einrichtung eines solchen Vizepräsidiums können wir als „Uni gegen Rechts“ nur begrüßen. Wir möchten uns mit einem Anliegen an Sie wenden, das bei Ihnen bestens aufgehoben sein wird und für das wir uns eine ertragreiche Zusammenarbeit erhoffen.

„Uni gegen Rechts“ ist ein Zusammenschluss von Beschäftigten und Studierenden der Universität Jena und wird von den Gewerkschaften und Studierendenorganisationen an unserer Universität unterstützt. Unser Ziel war und ist es, eine rechtsextreme Regierungsbeteiligung oder sogar einen faschistischen Ministerpräsidenten in Thüringen zu verhindern und als Universität eine gemeinsame Haltung und Praxis gegen menschenfeindliche und faschistische Tendenzen zu entwickeln.

Zu diesem Zweck haben wir zahlreiche Gespräche unter Kolleg:innen und Mitstudierenden geführt und folgende Veranstaltungen und Aktionen organisiert:

- am 7. Mai 2024 eine Saalkundgebung im Hörsaal 1, auf der wir vor 400 Personen unsere Forderungen vorgestellt haben,
- am 13. August 2024 eine Podiumsdiskussion mit Gewerkschafter:innen und Expert:innen, auf der wir vor 70 Zuhörer:innen darüber diskutierten, inwiefern politische Streikaktionen ein Mittel für uns Beschäftigte sein können, um einen Beitrag zur Verhinderung einer rechtsextremen Regierung zu leisten,
- am 4. September 2024, drei Tage nach den Thüringer Landtagswahlen, während der Mittagspause eine Kundgebung auf dem Ernst-Abbe-Platz, bei der 300 Beschäftigte und Studierende unserer Universität deutlich gemacht haben, dass sie keine Koalition oder sonstige Zusammenarbeit mit der AfD akzeptieren werden,
- am 25. September 2024 einen offenen Brief von circa 700 Professor:innen und Beschäftigten aller Thüringer Hochschulen für eine Regierungsbildung ohne die AfD.

Von Beginn an war es unser Anliegen, dass wir als Universität eine gemeinsame Haltung gegen den zunehmenden rechtsextremen Einfluss entwickeln. Neben den vielen Gesprächen, die wir an der Basis führen, und unseren Aktionen halten wir es für essentiell, dass die Universitätsleitung eine Strategie entwickelt und Maßnahmen ergreift. Wir möchten diesen Wunsch an Sie herantragen und laden Sie herzlich zu einem Gespräch über unser Anliegen ein.

Im Folgenden möchten wir Ihnen bereits einige Ideen und Vorschläge für eine solche Strategie mitgeben, die wir in den letzten Wochen erarbeitet haben. Dabei haben wir als „Uni gegen Rechts“ bereits den Austausch mit Universitätsangehörigen verschiedener Statusgruppen und einigen Verantwortungsträger:innen wie Personalrät:innen und Senator:innen gesucht. Sie werden anhand der angeführten Beispiele sehen, dass es sich um Maßnahmen handelt, die andere bereits vor uns ausprobiert und durchgeführt haben.

Herzliche Grüße

„Uni gegen Rechts“

### **Klare Haltung zeigen**

Die parteipolitische Neutralität, der die Universitätsleitung genügen muss, darf keine Ausrede sein, die Auseinandersetzung mit der zunehmenden rechten Einflussnahme und Bedrohung zu vermeiden oder sogar aktiv der AfD und anderen rechtsextremen Kräften den Weg zu

bereiten. Letztes Jahr wurde zum Beispiel zeitweise die Raumvergabe für eine Podiumsdiskussion des gewerkschaftlichen Bündnisses „FSU Unterfinanziert“ verweigert, da die AfD nicht auf das Podium eingeladen wurde. Erst nach einigen Gesprächen konnte eine Lösung gefunden werden.

Sicherlich darf die Universitätsleitung keinen Wahlkampf betreiben. Aber sie darf und muss das Wort ergreifen, wenn unsere Universität und ihre Werte bedroht werden, und klar benennen, von wem diese Bedrohung ausgeht.

Ein Vorbild könnte die Universität Potsdam sein. Dort hat der Senat im Juli 2023 die „AG gegen Rechtsextremismus“ eingerichtet. Die AG arbeitet seitdem in drei Bereichen. Sie soll

1. die Angehörigen der Universität vor rechter Einflussnahme schützen, u. a. durch Monitoring und Dokumentation,
2. eine Position für die Universität erarbeiten, u. a. durch die Beauftragung eines Gutachtens zur Vereinbarkeit der Positionen der AfD, der Jungen Alternative und der Desiderius-Erasmus-Stiftung mit den Leitlinien der Universität Potsdam, und
3. relevantes Wissen innerhalb und außerhalb der Universität vermitteln.<sup>1</sup>

Eine solche AG und ein solches Gutachten konkret in Bezug zum Thüringer Landesverband der AfD würden sicherlich auch uns helfen, die eigene Position zu schärfen und weiterzuentwickeln.

Weiterhin erwarten wir, dass unsere Universitätsleitung immer da eine unmissverständliche Haltung zeigt, wo unsere Werte und demokratischen Strukturen bedroht werden. Dies ist der Fall, wenn die AfD fordert, den Studierendenrat, Gleichstellung und Diversität abzuschaffen, wenn AfD und CDU ein Verbot der geschlechtergerechten Sprache beantragen, wenn die AfD die freie Forschung einschränken möchte. Hier muss die Universitätsleitung lautstark widersprechen und entsprechende Maßnahmen verweigern, so wie der ehemalige Präsident Walter Rosenthal sich öffentlich gegen die von CDU und AfD beschlossene Empfehlung, nicht mehr zu gendern, stellte.<sup>2</sup> In dem Geiste haben auch 60 Hochschulen die Plattform X aufgrund der „der fehlenden Vereinbarkeit der aktuellen Ausrichtung der Plattform mit den Grundwerten der beteiligten Institutionen“<sup>3</sup> verlassen. Wir begrüßen es sehr, dass unsere Universität sich dieser Initiative angeschlossen hat, vermissen aber eine öffentliche Erklärung, aus der sowohl die Öffentlichkeit als auch die Universitätsgemeinschaft die Beweggründe der Universitätsleitung nachvollziehen können.

Wir erwarten auch, dass Politiker:innen, die menschenverachtende Ansichten äußern und offen unsere universitären Werte angreifen, keine Bühne geboten wird. Sie sollen nicht in unsere Universität eingeladen und auch nicht empfangen werden. Dies ist beispielsweise in der Gedenkstätte Buchenwald der Fall, die den Thüringer AfD-Chef Björn Höcke als Faschisten von den Gedenkveranstaltungen ausschließt.

### **Engagement in „Weltoffenes Thüringen“**

Wir haben uns sehr gefreut, dass unser neuer Präsident sich mehrfach öffentlich zum Bündnis „Weltoffenes Thüringen“ bekannt hat. So schrieb er in seinem Rundbrief vom 2. September 2024: „Der Senat der Universität hat einstimmig entschieden, diese Initiative institutionell zu unterstützen.“ Allerdings darf dies kein Lippenbekenntnis bleiben. Die Universitätsleitung muss sich im Bündnis engagieren und dieses mit Leben füllen. Wir erwarten, dass die Universitätsleitung (1) Workshops und Bildungsangebote während der

---

<sup>1</sup> <https://www.uni-potsdam.de/de/hochschule-gegen-rechtsextremismus/positionierung>

<sup>2</sup> <https://www.uni-jena.de/153538/universitaet-jena-bleibt-bei-empfehlung-zur-geschlechtergerechten-sprache>

<sup>3</sup> <https://idw-online.de/de/news845520>

Arbeitszeit der Beschäftigten ermöglicht, beispielsweise zu demokratischer Partizipation und zu zivilem Ungehorsam. Die Universitätsleitung sollte (2) weiterhin mit den Partner:innen aus dem Bündnis Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen unterstützen oder sogar initiieren. Auch kann sie (3) inneruniversitäre Aktionen anregen und befördern. So hat die Leitung des Universitätsklinikums es ermöglicht, dass Teams, die ihre Haltung zeigen wollten, sich mit ihren Botschaften professionell fotografieren lassen konnten. Zusätzlich gab es eine Foto-Aktion für die gesamte Belegschaft des Klinikums.<sup>4</sup> Selbstverständlich erfordert ein solches Engagement im „Weltoffenen Bündnis“, dass die Universitätsleitung Mittel und personelle Kapazitäten abstellt.

### **Uni-Angehörige schützen**

Die rechte Einflussnahme kann für die Angehörigen unserer Universität zahlreiche bedrohliche Formen annehmen: von verbalen und körperlichen Angriffen auf Studierende über die öffentliche Diffamierung von Wissenschaftler:innen bis hin zur Einschüchterung engagierter Mitarbeiter:innen. Diese Einflussnahme muss nicht zwingend von „außen“ kommen. Es gibt auch an Hochschulen rechtsextremen Netzwerke und einen spezifischen wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus.<sup>5</sup>

Die BTU Cottbus-Senftenberg, wo mehr als 40 % der Studierenden und Promovierenden aus dem Ausland kommen, hat aus diesem Grund eine Monitoringstelle für Vorfälle von Diskriminierung und rechter Gewalt eingerichtet. Neben der Dokumentation soll die Monitoringstelle Betroffene unterstützen.<sup>6</sup> Eine solche Monitoringstelle stellen wir uns auch für unsere Universität vor. Sie kann Vorfälle dokumentieren und zu den zahlreichen Unterstützungsangeboten der Universität und des Studierendenwerks sowie zu möglichen externen Partner:innen wie dem Scicomm-Support (des Bundesverband Hochschulkommunikation und Wissenschaft und anderer) oder der Thüringer Opferberatungsstelle ezra vermitteln.

### **Unterstützung von internationalen und geflüchteten Universitätsangehörigen**

Die Universität sollte mit gutem Beispiel vorangehen und nicht nur auf rassistische Angriffe reagieren, sondern aktiv internationale und geflüchtete Universitätsangehörige besser unterstützen. Das könnte zum Beispiel durch die Einrichtung einer Beratungsstelle für Geflüchtete passieren, bei der diese sich zur Aufenthaltserlaubnis und zu Möglichkeiten der Studienfinanzierung informieren können. Zu diesem Zweck wäre es hilfreich, relevante Informationen auch in anderen Sprachen als nur auf Deutsch und Englisch anzubieten. Außerdem sollen sichere Räume geschaffen bzw. ausgebaut werden, in denen sich Geflüchtete austauschen und vernetzen können.

### **Engagement von Beschäftigten und Studierenden fördern**

Die Universität hat das große Glück, dass viele unserer Kolleg:innen und Mitstudierenden außerordentlich engagiert sind. Sie bringen sich u. a. bei „Rechtsruck stoppen“, beim „Klang der Stolpersteine“, bei „Weltoffenes Thüringen“ und nicht zuletzt bei „Uni gegen Rechts“ ein. In seinem Rundbrief vom 2. September 2024 schrieb Prof. Marx in Bezug auf „Weltoffenes Thüringen“: „Ich möchte Sie ermutigen, dieses Engagement mit uns fortzusetzen.“ Wir halten es für ein wichtiges Zeichen, dass unser Präsident das Engagement ermutigt. Denn es gibt

---

<sup>4</sup> <https://www.uniklinikum-jena.de/Uniklinikum+Jena/Aktuelles/Pressemitteilungen/Das+UKJ+zeigt+Gesicht!.html>

<sup>5</sup> Siehe auch die folgende Studie, die die Betroffenenperspektive an Hochschulen in den Fokus rückt: Haker, Christoph/Otterspeer, Lukas: Wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus an Hochschulen – Perspektiven von Betroffenen, ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 1-2023, S. 102-117. <https://doi.org/10.3224/zrex.v3i1.07>.

<sup>6</sup> <https://www.b-tu.de/monitoring-gegen-rechts>

viele Vorstöße zur Einschränkung zivilgesellschaftlichen Engagements, die uns Grund zur Beunruhigung geben:

- Die höheren Ebenen der Ernst-Abbe-Hochschule gehen hochschulintern gegen die Initiative „Hochschule gegen Rechts“ vor und versuchen, ihr Engagement einzuschränken und zu behindern, u. a. durch das Verbot, über Funktions-E-Mail-Adressen auf Veranstaltungen der Initiative hinzuweisen, oder durch den Versuch, diesen Veranstaltungen die Räume zu entziehen.
- Dieses Jahr hat der Berliner Senat die Exmatrikulation als Ordnungsstrafe wieder eingeführt und die Möglichkeiten des Hausverbots ausgeweitet.
- Auch an unserer Universität gab es im letzten Jahr den Fall einer Person aus dem Kollegium, die aufgrund von Vorstrafen nicht eingestellt wurde, die aus Aktionen des zivilen Ungehorsams für das Klima resultierten. Uns ist zumindest ein weiterer Fall eines Kollegen bekannt, dessen Weiterbeschäftigung das Personaldezernat aufgrund einer Vorstrafe im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Demonstration infrage gestellt hatte.

Die Ermutigung des Engagements muss in einer Strategie zum Umgang mit rechtsextremer Einflussnahme eingebettet werden. Das bedeutet nicht zuletzt, dass die Universität keine Maßnahmen gegen engagierte Studierende und Beschäftigte ergreift. Darüber hinaus kann die Universitätsleitung das Engagement über Bildungsveranstaltungen zum Beispiel zur historischen und politischen Bedeutung des zivilen Ungehorsams fördern und sogar Workshops zum zivilen Ungehorsam anbieten, wie Prof. Dr. Manuel Vogel bei der Kundgebung für die Wiedereinstellung von Eli am 22. Mai 2024 vorgeschlagen hat.

### **Keine Zusammenarbeit mit Unternehmen mit Verbindungen ins rechtsextreme Milieu**

Die Universität beauftragt Unternehmen, die Verbindungen ins rechtsextreme Spektrum aufweisen (Coriand, Eisenberger Gerüstbau). Uns ist bewusst, dass die Universität in Vergabeverfahren aufgrund gesetzlicher Vorgaben oft eingeschränkt ist. Dennoch werden auch bei Vergaben ohne Ausschreibungen regelmäßig solche Firmen beauftragt.

Wir unterstützen die Forderungen bisheriger Initiativen, dass die Universität die Zusammenarbeit mit Unternehmen aus diesem Spektrum auf ein absolutes Minimum reduziert, indem die entsprechenden rechtlichen Möglichkeiten eruiert und ausgeschöpft werden. Zudem sollten bei Geländeüberlassungen und Mietverträgen klare Kriterien eingeführt werden, um sicherzustellen, dass solche Firmen auch von Dritten nicht beschäftigt werden.

Herr Danz, der Leiter des Rechtsamts, hatte entsprechenden Initiativen bereits die Einrichtung eines Meldeportals über das Ticketsystem der Universität zugesagt. Dieses Portal soll Beschäftigten die Möglichkeit geben, Vorfälle zu melden, etwa wenn Mitarbeiter:innen beauftragter Fremdfirmen durch szenetypische Tätowierungen, Kleidungsstücke oder entsprechende Äußerungen auffallen. Darüber hinaus war vorgesehen, dieses Meldeportal aktiv zu bewerben. Bislang wurden diese Zusagen jedoch nicht umgesetzt. Weiterhin fordern bisherige Initiativen, dass eine Monitoring-Stelle eingerichtet wird, die die eingehenden Meldungen bearbeitet. Wir fordern die Universität eindringlich auf, diese Maßnahmen zeitnah zu realisieren.

### **Partizipativer Prozess**

Wir wünschen uns, dass diese Strategie nicht top-down, sondern in einem partizipativen Prozess erarbeitet wird, wo Expert:innen und Engagierte sowie Vertreter:innen verschiedener Gruppen mitwirken können, sodass zum einen möglichst viel Expertise und

Wissen einfließen kann und sodass wir ein Ergebnis erzielen, mit dem sich möglichst viele Universitätsangehörige identifizieren können.